

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manuscripten erfolgt nur bei Einbindung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh

Warnung vor dem Sozialismus.

So oft ein Repräsentant der katholischen Kirche den Mund aufst, um über die soziale Frage zu sprechen, triefet er von Haß gegen den Sozialismus. Das ist auch bei den Bischöfen Oesterreichs der Fall, die in einer Sonderausgabe des Wiener Diözesanblattes eine gemeinsame Kundgebung „Lehren und Weisungen über die sozialen Fragen der Gegenwart“ veröffentlichten. Das christlichsoziale Wiener Leichenhändlerblatt, das die Kundgebung nachdruckt, findet, sie erinnere „in ihrer schonungslosen Offenheit an die Reden des heiligen Ambrosius“. Wir wissen nicht, ob der heilige Ambrosius so zu zetern verstand und so voller Unduldsamkeit war, wie die österreichischen Bischöfe in ihrer Kundgebung zeigen, aber sicher ist, daß wir noch keine kirchliche Episteln lasen, die so aufgeregt war wie diese. Früher existierte die soziale Frage für die Kirche überhaupt nicht; so lange sich die Arbeiter unter der kirchlichen Fuchel willig und geduldig in das Joch der kapitalistischen Ausbeutung fügten, dachte der ganze fromme Episkopat nicht daran, daß Millionen Menschen den Ausbeutungspraktiken des Kapitalismus erbarmungslos ausgeliefert sind; und daß es sittliche wie religiöse Pflicht der Kirche wäre, sich dieser Bedrückten anzunehmen. Erst als die Sozialdemokratie die Arbeiter zu organisieren und politisch zu erziehen begann, entdeckte die Kirche das Vorhandensein einer sozialen Frage, denn nun war die Gefahr vorhanden, das Proletariat könnte sich der kapitalistischen Fesseln entledigen. Und je mehr diese Gefahr durch das Erstarken der Arbeiterbewegung wuchs, desto zorniger und unduldsamer wurde die Kirche. Die Kundgebung der Bischöfe Oesterreichs ist ein Zeichen der vollen Angst der kirchlichen Hierarchie vor der Möglichkeit eines Endes der kapitalistischen Ausbeutungsordnung.

Die in drei Teile gegliederte bischöfliche Epistel beginnt mit der Berruferklärung des Klassenkampfes. Wohin soll die Welt kommen, wenn das Proletariat sich als eigene Gesellschaftsklasse fühlt und mit seinen vereinigten Kräften als wirkender Faktor in die Geschichte eintritt? Wie soll die von der Kirche als göttlich erklärte Gesellschaftsordnung noch lange Bestand haben, wenn die Entertoten, deren es mehr gibt als der Ragnier der Gesellschaft, sich zu zählen beginnen und ihre Macht erkennen? Darum warnen die Bischöfe Oesterreichs gleich all den andern Vertretern der Kirche über den Klassenkampf, welcher „wie ein tödliches Geschwür am Herzen der Völker sich eingekesselt hat“. Daß die Arbeiter in der menschenunwürdigen Stille der Fabriken und Bergwerke zu Grunde gehen, daß deren Kinder an Hunger und Unterernährung frühzeitig zu Grunde gehen, läßt die gottgegebenen Bischöfe kalt, nur am „tödlichen Geschwür“ des Klassenkampfes sollen sie nicht sterben. Den bischöflichen Erkenntnissen erscheint der Klassenkampf als ein Gebrechen. Aber:

„Das diese Gebrechen noch weit gefährlicher macht, ist die wachsende Gier nach äußeren Gütern auf der einen Seite und auf der anderen das zähe Festhalten am Besitz und die beiden Teilen gemeinsame Habgier und Herrschsucht. Daraus entspringen oft bald freiwillige, bald aufgezwungene Arbeitseinstellungen, Volksaufstände und staatliche Zwangsmaßnahmen zur großen allgemeinen Belästigung und Benachteiligung. . . . Das ist umso verhängnisvoller, je mehr das Volk wie bei den gegenwärtigen Staatsformen am Staatsleben Anteil hat.“

Da loben sich die Bischöfe die früheren Staatsformen, wo „das Volk“ am Staatsleben noch keinen Anteil hatte, das heißt, politisch rechtslos und darum auch nicht in der Lage war, seiner Unzufriedenheit Ausdruck zu geben, was den bischöflichen Wächtern der kapitalistischen Geldfäße nur unnütze Scherereien macht. Welch tiefes soziale Verständnis und Mitgefühl mit dem Los der Armen spricht aus den bischöflichen Worten, die den Wunsch nach einer menschenwürdigen Gestaltung des harten Ar-

beiterlebens als „wachsende Gier nach äußeren Gütern“ verdammten. Weil die arbeitenden Menschen nicht einsehen wollen, warum ihr Jammer den Wohlstand und Luxus einer dünnen Schichte begründen müsse, werden sie mit den Professoren und Unterdrückern auf eine Stufe gestellt und die Bischöfe wettern über die „beiden Teilen gemeinsame Habgier und Herrschsucht“. O, die Arbeiterklasse hat an der Kirche eine treue Freundin, nur muß sie sich mit dem ihr von den Ausbeutern diktierten Schicksal bescheiden, darf sich nicht auflehnen, muß ihre „wachsende Gier nach äußeren Gütern“, ihre „Habgier und Herrschsucht“ aufgeben, und vor allem darf sie an keinen Arbeitseinstellungen und Volksaufständen teilnehmen, denn solche Dinge führen zu „großer allgemeiner Belästigung“. Die Arbeiter aber sollen mit ihrem Elend die Mittwelt, und besonders die fromme Christenheit, nicht „belästigen“, sondern alles tragen, was ihnen von Gott auferlegt ist. Wenn beispielsweise der Prälat Seipel für sie den sechstausendjährigen Friedensmietzins festsetzt, so müssen sie das als eine Fügung des Himmels geduldig hinnehmen und dürfen keineswegs in „wachsender Gier nach äußeren Gütern“ sich gegen diese Ausbeutung auflehnen.

Doch man sage nicht, die Kirche fände nur Anklagen gegen die Unzufriedenheit der Arbeiter, nicht aber gegen die Träger des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Die Bischöfe beobachten nur den kleinen Unterchied, den Kapitalisten freundschaftliche Vorhalte zu machen, während sie den Arbeitern, die den Sozialismus zu einem menschenwürdigen Leben kommen wollen, ewige höllische Strafen in Aussicht stellen. Sie belieben zwar den Kapitalismus einen „Irreweg und ein Verberben im Wirtschaftsleben der Völker“ zu nennen, aber gleich darauf versichern sie, daß sie gegen den Kapitalismus eigentlich nichts einzuwenden haben, nur soll er ein wenig christlich zurechtgerichtet werden:

„Nicht die Großindustrie ist verwerflich, da die Heilige Schrift sagt: „Machet euch die Erde untertan“. . . . Verwerflich ist an sich auch das Kreditwesen nicht. . . . Verwerflich ist auch nicht, daß Arbeiter im Lohnverhältnis stehen.“

Das kapitalistische System hat nur einige kleine Schönheitsfehler, welche die Kirche beseitigt sehen möchte. Diese Beseitigung soll aber nicht durch Venderung des Systems vorgenommen werden, vielmehr hat die Kirche nur ein einziges Mittel übrig, um die Kapitalisten zu unenstlicher Handlungsweise gegenüber den Arbeitnehmern zu bestimmen: sie redet ihnen freundlich zu, bessere Ausbeutermanieren anzunehmen. Der Kapitalismus soll „christlich“ werden, das heißt dem Versuch, Tigern und Löwen zuzureden, sich statt mit blutigem Fleisch doch lieber mit Pflanzentrost zu nähren. Den Arbeitern soll ein „gerechter, genügender Lohn“ gezahlt werden, der Kapitalismus seine Eier ablegen und dem Arbeiter mit „brüderlicher Liebe“ und „wahrer Hochachtung“ begegnet werden. Auch sollen die Besitzenden endlich die Verpflichtung erkennen, sich „im Genuße des Reichums Einschränkungen aufzulösen“. Den Kapitalisten möchten wir sehen, der sich diese salbungsvolle Predigt zu Herzen nimmt und danach zu handeln bereit ist. Nun, mehr als schön zureden kann und will die Kirche den Kapitalisten nicht. Damit müssen sich die Arbeiter zufrieden geben. Segen die Kapitalisten dennoch ihr Ausbeutungsbandwerk fort, so düstern die Arbeiter darum doch nicht versuchen, eine Verbesserung ihrer Lage auf einem anderen Wege herbeizuführen, denn das wäre Sünde wider das göttliche Gebot, wie es die Kirche versteht:

„Bittet euch vor den sozialdemokratischen Vereinen und Organisationen, auch vor den sozialdemokratischen Gewerkschaften. Sie zwingen euch durch Terrorismus ein drückendes Joch auf. Darum verschert ihr euch durch die Zugehörigkeit zu solchen Vereinen Gottes Segen und Gottes Hilfe in dem großen Elend der jetzigen Zeit. . . . Ist können nicht umhin, euch Arbeitern zu sagen, daß ihr einmal vor dem Gericht Gottes die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie beantragen wer-

den müßt. Was für ein irdischer Vorteil kann das Verberben aufwiegen, das durch die Zugehörigkeit zu sozialdemokratischen Gewerkschaften und Vereinen verbreitet wird?“

Es wird Millionen Arbeiter geben, die der Ueberzeugung sind, daß die Zugehörigkeit zu sozialdemokratischen Organisationen und der Kampf für eine Vörmenschlichung der Gesellschaftsordnung angeht all des Leibes und Unrechts, das sie heute erdulden müssen, vor dem „Gericht Gottes“ leichter zu rechtfertigen wäre, als die Ausnützung und der Mißbrauch Gottes zur Stützung dieser Ordnung und zur Erschwerung des Kampfes gegen sie. Ist es zu viel behauptet, wenn wir sagen, die Diener der Kirche würden heute noch, wenn sie die Macht

besäßen, die Menschen, die das Joch der kapitalistischen Sklaverei abschütteln wollen, aufs Rad stellen und auf dem Scheiterhaufen rösten zu lassen? So müssen sie sich damit genügen lassen, den Arbeitern, die sich zur Sozialdemokratie bekennen, mit Höllenstrafen zu drohen. Aber die Arbeiter pfeifen auf solche Drohungen! Sie dienen ihnen nur zur Erkenntnis, daß sie in ihrem Befreiungskampfe von der Kirche nichts zu erwarten haben und sie sehen, wo die kirchliche Hierarchie steht: an der Seite ihrer ärgsten Feinde! Nun werden die Arbeiter auch wissen, was sie von dem ganzen Gerede über den „christlichen Sozialismus“ zu halten haben. Die Kirche wird die Früchte ernten, die sie ausgesät hat.

Marokko-Debatte in der Kammer.

Abd el Krim nicht mehr vollwertiger Verhandlungspartner. — Direkte Verhandlungen mit einzelnen Stämmen.

Paris, 30. Dezember. Die Deputiertenkammer befaßte sich in ihrer heutigen Sitzung mit den Nachtragskrediten für das Jahr 1925. Bei der Beratung der mit der Kriegführung in Marokko verbundenen Kredite interpellierte der kommuniste Cahin die Regierung darüber, was an den Friedensbedingungen Abd el Krims wahr sei, welche Gordon Canning nach Paris mitgebracht habe.

Ministerpräsident Briand erwiderte, daß die Regierung bereit war und bereit ist, in Marokko Frieden zu schließen, aber einen wirklichen und dauernden Frieden, der keinen Anlaß zu weiteren Konflikten geben würde. Frankreich ist mit seinem Verbündeten, Spanien, über annehmbare Friedensbedingungen übereingekommen, welche es Abd el Krim mitteilen ließ.

Abd el Krim aber trachte nur, die wirklichen Friedensverhandlungen hinauszuschieben, um Zeit zu weiteren Intrigen zu gewinnen. Abd el Krim besitze in Wahrheit nur eine kleine Armee von vielleicht 10.000 Mann und terrorisiere die Stämme. Außerdem organisiere er die panislamitische Bewegung gegen Frankreich nicht nur in Marokko, sondern auch in Syrien, wie sich die Regierung neuerdings durch beschlagnahmte Flugblätter davon überzeugen konnte.

In Marokko werde jetzt nicht gekämpft, sondern mit den Stämmen verhandelt, die sich größtenteils freiwillig unterworfen und anschließen.

Es ist übrigens eine Frage für sich, erklärte Briand weiter, ob Abd el Krim heute, wo sich

soviel Stämme Frankreich unterworfen haben, berechtigt ist, im Namen des Rifs zu verhandeln, wie er dies noch im Juli dieses Jahres tun konnte. Briand glaubt, daß das nicht der Fall ist.

Der Unterhändler Canning habe kein Mandat und seine ganze Mission sei einigermassen in Nichtigkeit gesunken.

Canning brachte zwei Schreiben nach Paris, von denen ihm das eine wirklich berechtigt, sich über die Friedensbedingungen zu informieren. In dem zweiten Schreiben fordert Abd el Krim als Hauptstadt für den Rif Tetuan und verlangt außerdem, daß dem Rif ein Weg bei Ujezu bewilligt wird, welcher die französische Verbindung zwischen Fez und Algier durchschneiden würde. Es sei unmöglich, daß Frankreich und Spanien unter solchen Umständen die Verhandlungen beginnen.

Frankreich beginnt die Friedensverhandlungen mit den Stämmen direkt ohne Abd el Krim und Briand hofft, daß er in Kürze der Kammer ein befriedigendes Ergebnis dieser Verhandlungen vorlegen werde.

Deputierter Renaudel begründet namens der Sozialisten den grundsätzlichen Standpunkt seiner Partei zur Marokko- und Kolonialfrage: Weder dürfe man Marokko aufgeben, noch sich verbrüden; vielmehr müsse man den Frieden wieder herstellen. Die Sozialisten wünschen zu wissen, wie Abd el Krim von den Friedensbedingungen benachrichtigt wurde. Redner schließt mit der Erklärung, daß die Sozialisten nicht für die Bewilligung der Marokkokredite stimmen werden.

Außenministerium und Rechtspreffe.

Der „Vorwärts“ verlangt die Abberufung des Genfer Generalkonfults.

Berlin, 30. Dezember. (Eigenbericht.) Trotz der bestimmten Erklärung des Außenministers Stresemann und der aus der Schweiz vorliegenden Meldungen, wonach die Sozialdemokratie keinerlei Anregung zur Besetzung der Stellen beim Völkerverbund gegeben hat, setzt die Rechtspreffe den Schwindselzug fort. Heute wird vom Korrespondenten des sozialdemokratischen Pressebüros in Genf gemeldet:

„An maßgebender Stelle des Völkerverbundssekretariates wird kategorisch bestritten, daß von irgend einer deutschen Parteileitung eine Kandidatenliste für die deutschen Beamten im Völkerverbundssekretariat eingereicht worden ist. Gleichzeitig wird bestimmt erklärt, daß von sozialdemokratischer Seite auch nicht der geringste Schritt durch Privatpersonen zur Besetzung von Stellen im Generalsekretariat unternommen worden sei. Im übrigen kann die Meldung des deutschen Konfults aus Auswärtige Amt in Berlin nur auf weitgehenden Vermutungen beruhen. Dies ist auch die Meinung der maßgebenden Kreise des Sekretariates, indem im Gegenfalle zum Berichte des Generalkonfults A. Schumann keinerlei Aufregung, vielmehr Erstaunen darüber herrscht, wie weit in Deutschland die gekennzeichnete Frage zu innerpolitischen Streitigkeiten mißbraucht wird. Vom abwesenden Generalsekretär wird angenommen, daß er sich durch den Lärm der deutschen Rechtspreffe, der nichts anderes bedeutet, als daß deutsche rechtsstehende Be-

amte im Völkerverbundssekretariat von vornherein vertreten sein sollen, nicht im geringsten werde beeinflussen lassen.“

Der „Vorwärts“ verlangt heute, daß der Genfer Generalkonfult, dessen deutschnationale Gesinnung allgemein bekannt ist — er ist ein Schwager des verstorbenen deutschnationalen Führers Helfferich — unverzüglich aus Genf abberufen werde und daß das Auswärtige Amt feststelle, auf welchem Wege der Inhalt des Schmanntelegrammes der Presse bekannt worden ist.

Amerika und die Abrüstungskonferenz.

Teilnahme an der Vorbereitung in Genf.

Washington, 29. Dezember. (Wiff.) Vom Weissen Hause wurde mitgeteilt: Aus den Besprechungen des Präsidenten Coolidge mit den verschiedenen Kongreßmitgliedern ergebe sich, daß so gut wie Einmütigkeit darüber bestehe, daß Amerika an der Genfer vorbereitenden Kommission für die Abrüstungskonferenz teilnehmen soll. Für die Bewilligung der notwendigen Kredite sind dem Präsidenten gegenüber keine Einwendungen erhoben worden und dieser betrachtet den Stand der Vorbereitung der amerikanischen Antwort auf die Einladung des Völkerverbundsrates als befriedigend. Die Auswahl der Mitglieder der amerikanischen Delegation ist jedoch noch nicht erfolgt.

Und nochmals die Rußlanddelegation.

Unter dem nichterschöpfenden Titel „**Meine Verbindungen mit der kommunistischen Presse**“ (siehe unten) hat man in einem ersten Artikel polemisiert. Wir geben auch diesen Ausführungen Bachmanns Raum, obwohl sie in der ganzen Anlage aus daneben gehen und wir möchten eher zeigen, daß wir keinen Anlaß haben, auch nur ein Wort unseren Genossen entgegen zu verschweigen, was die Delegierten zu gut Genüge erörtert, daß wir die Diskussion halten.

Bachmann schreibt:

Die Leser des „Sozialdemokrat“ der „Freiheit“, sowie der anderen Kopfschütter der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, welche meinen Aufsatz in der Nr. 288 der „Freiheit“ vom 5. Dezember über Sowjetrußland gelesen haben, werden schon darauf warten, was ich zu den Verdächtigungen, so wie zu den an mich gerichteten Fragen in dem meinigen Aufsatz beigefügten Kommentar zu sagen habe. Sie müssen aufschreien, daß diese Antwort nicht schon früher erschienen ist. Durch Wohnungswechsel war es mir unmöglich, die nötige ruhige Stunde und den richtigen Platz zum Schreiben eher zu finden.

Ich werde da zunächst verächtlich, betruht oder unbewußt der Partei in den Rücken gefallen zu sein oder fallen zu wollen. Darauf kann ich nur antworten, daß ich in der ganzen Zeit, wo ich in Rußland war, mich überall als Sozialdemokrat bekannt habe. In den Versammlungen in Rußland, in denen ich gesprochen habe, gab ich stets der Meinung Ausdruck, daß der Bruderkampf zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, wie alle Kriege und Kämpfe, einmütig sein Ende finden muß. Und ich habe es immer betont, daß ich mir die Einigung nicht so vorstelle, wo die eine Partei die andere aufsaugt, sondern so, daß eine gemeinsame Basis gefunden werden muß, auf der sich die Einigung vollziehen kann.

Ich habe auch das, was ich in Rußland bei unseren Besichtigungen mangelhaft fand, schon dort ohne Rücksicht frei und offen ausgesprochen und oben in den Versammlungen, in denen ich hier gesprochen habe. Nicht anders habe ich es gehalten in dem, was ich hier geschrieben habe. Was ich aber als gut fand, habe ich ebenso offen betont und anerkannt. Aber auch das scheint für die Redaktion des „Sozialdemokrat“ schon ein übertriebenes Lob Rußlands zu sein.

Wie und wann bin ich nun zur kommunistischen Presse in Beziehung getreten? Ich habe während der ganzen Zeit, wo ich in Rußland war, keine einzige Zeile an irgend eine Zeitung geschrieben und nach meiner Rückkehr damit noch vier Wochen gewartet. Erst als mein Aufsatz so lange Zeit vom „Sozialdemokrat“ nicht gebracht wurde, während dem der Bericht über die Vertrauensmännerversammlung in Berlin gleich am andern Tage erschien, sah ich mich genötigt, eine Verichtigung gegen diesen legeren Bericht an die „Internationale“ einzufügen. Also ich bin erst zur kommunistischen Presse in Beziehung getreten, als ich einsehen mußte, daß die sozialdemokratische Presse von meinem Eingedenken keinen Gebrauch machen will. Erst als ich eine Verichtigungsnotiz gegenüber dem Bericht über die sozialdemokratische Vertrauensmännerversammlung in der „Freiheit“ in der „Internationale“ veröffentlichte, erschien mein am 19. November an die „Freiheit“ eingefandener Aufsatz am 3. Dezember in den sozialdemokratischen Zeitungen. Ich war mir gleich bei Abfassung meines Aufsatzes darüber klar, daß, wenn er in der „Freiheit“ gebracht wird, trotzdem er nicht ein gebensames Lob aller Verhältnisse in Rußland darstellt, ihm doch ein Kommentar angehängt werden wird. Das ist nun auch der Fall gewesen. Es wäre nicht allzu schwer, auf dieses ziemlich lange und ausführliche Kommentar eine ebenso lange und ausführliche Antwort zu geben. Ich muß mich aber aus Mangel an Zeit darauf beschränken, auf die direkt an mich gerichteten Fragen und Aufforderungen zu antworten.

Da wird vor allem von mir die Feststellung verlangt, ob die Ergebnisse des Sozialreformismus in Rußland so groß sind, daß es sich ihrerhalb lohnt, die Methoden der Bolschewiken auch bei uns zu übernehmen. Dann ob in Rußland nicht vielleicht doch solche an Sozialreform, was heute dort besteht, auch ohne die bolschewistischen Methoden hätte erreicht werden können. Darauf kann ich antworten, daß ich in Rußland in keiner der vielen Versammlungen, denen ich beizuwohnte und wo ich gesprochen habe — obwohl ich wußte, daß es die Zuhörer gern gehört hätten, — die unbedingte, schablonenhafte Anwendung der russischen Reformmethoden auch in den Westländern als die einzig richtigen empfand. Ich habe mich immer streng an die Satzungen des alten Programmes der österr. Sozialdemokratie gehalten, wo es heißt: „Zur Durchsetzung des sozialdemokratischen Programmes — und das ist gleichbedeutend mit der Eroberung der politischen Macht — muß sich die Arbeiterklasse aller dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mittel bedienen.“ Ob dies einzig und allein mit der Abgabe des Stimmzettels zu den gesetzgebenden Körperschaften geschehen kann oder ob nicht auch in den Westländern dem natürlichen Rechtsbewußtsein der Völker andere Mittel als zweckmäßiger erscheinen werden, diese Frage habe ich bei allen meinen Reden offen gelassen. Ja, ich kann sagen, daß ich selbst aus dem Munde einiger Kommunisten in Rußland über diese Frage ähnliche Meinungen gehört habe. Sie haben erklärt, sie wissen sehr genau, daß sie Fehler gemacht haben und sie wissen auch, daß die Arbeiterparteien der anderen Länder aus diesen Fehlern gelernt haben. Aber sie stehen auf dem Standpunkt, daß die Eroberung der politischen Macht auf dem Wege der Stimmzettelsabgabe allein nie möglich ist. Das Proletariat müsse auch für andere mögliche Kämpfe vorbereitet werden. Daraus schloß ich, daß diese kommunistischen Führer selbst nicht mehr darauf bestehen, eine schablonenhafte Anwendung ihrer russischen Methoden von den Arbeiterparteien der anderen Länder zu fordern. Diese Aussprüche habe ich auch in allen Versammlungen, in denen ich hier ge-

sprochen habe, sowie in meinem Aufsatz wiedergegeben. Das sind meine Feststellungen, mit denen ich, wie die „Freiheit“ schreibt, den Kommunisten keine große Freude machen werde.“ Nun, ich meine, eine Partei würde sich darüber freuen, entweder die Kommunisten oder die Sozialdemokraten. Finden aber beide Parteien daran nicht Entsetzliches dann kann es doch auch kein Mißverständnis sein, wenn ich den Arbeitern, die es wünschen, in der Versammlung einen Bericht über meine Eindrücke in Rußland erstatte. Aber es scheint oben so zu sein, daß jeder sozialdemokratisch organisierte Arbeiter, der es nur ein wenig wagt, ein für Rußland günstiges Wort auszusprechen, schon als ein mit bolschewistischen Schöngedanken erfüllter Mensch bezichtigt wird. Es ist infolge dessen für einen solchen Arbeiter sehr schwer, die Grenzen der Meinungsfreiheit richtig einzufinden. Diese Angst vor der Ueberschreitung der Meinungsfreiheit dürfte auch der Grund sein, daß heute in den sozialdemokratischen Versammlungen, die Diskussionen über das Referat immer leiser werden. Wenn ich geschrieben habe, daß mein Bericht nicht einwandfrei ist, so habe ich damit nichts anderes ausdrücken wollen, als daß sich oben gegen jeden Bericht über die heutigen Verhältnisse in Rußland etwas einwenden läßt, kommt er von welcher Seite er immer kommen mag.

Eine schöne Auslegung eines Satzes von mir hat man damit versucht, daß man sagt, er könne auch jeden Tag in einem kapitalistischen Staat gelesen werden. Es ist der Satz, in dem ich sage, daß begründete Beschwerden von dem Betriebsrat und dem roten Direktor gewissenhaft geprüft und wenn irgend tunklich, berücksichtigt werden. Hierauf muß ich die Frage aufwerfen, ob mir jemand irgend in der Welt jetzt und auch in der Zukunft einen Arbeitsplatz oder ein Institut angeben kann, wo die Arbeiter nur fordern brauchen und ohne weiteres alles Geforderte bewilligt erhalten. Gibt es heute irgendwo einen Konsumverein, eine Produktionsgenossenschaft, eine Kranken- oder irgendein sozialistisch geleitetes Institut, wo die Forderungen der Angestellten auch ohne „gewissenhafte“ Prüfung bewilligt werden? Oder kann mir heute jemand eine Wirtschaftsordnung schildern, wo solche Prüfungen überflüssig sind? Es ist richtig, auch die kapitalistischen Unternehmungen schreiben ähnliche Sätze. Aber ich sage, es muß etwas anderes sein, ob ein Betriebsrat und ein roter Direktor in Rußland ein Verlangen der Arbeiter nachprüfen, als wenn dies durch den Privatbesitzer geschieht. Der Betriebsrat wie der rote Direktor in Rußland nehmen es nach meiner Ueberzeugung mit der Verantwortung gegenüber den Arbeitern zumindestens ebenso ernst wie bei uns die Zeitungen in den sozialdemokratischen Institutionen. Obwohl ich weiß, daß es der Redaktion des „Sozialdemokrat“ schon längst bekannt ist, welche Art Ueberschüsse von den verstaatlichten Unternehmungen in Rußland in die Staatskasse fließen, will ich doch die Säde in meinem Aufsatz hier ausfüllen und sagen, daß 80 Prozent werden für Wohlfahrts- und Kulturzwecke im lokalen Bereich und 20 Prozent für Betriebsverbesserungen ausgegeben.

Zu der Frage, ob ich es wage, den Terror der Bolschewiki gegen Massenangehörigen gutzuheißen oder zu entschuldigen, muß ich sagen, daß mir von einem Terror gegen Angehörige der Arbeiterklasse und der Bauern viel zu wenig, trotz meiner vielen Fragen in dieser Beziehung mitgeteilt wurde. Auf alle diese meine eindringlichen Fragen wurde mir immer geantwortet, gegen Arbeiter und Bauern wird kein Terror geübt. Nur gegenüber solchen Leuten sucht sich die Regierung zu schützen, die mit der Waffe dieses System wieder stärken wollen. Der Arbeiter und Bauer könne gar kein Interesse an dem Sturz dieses Systems haben, da ihm kein anderes politisches und wirtschaftliches System mehr bieten könne, als gerade das Sowjetystem.

Ebenso wenig weiß ich von der Rolle der Gewerkschaften als Betriebsgenossenschaft. Die Streikzeiteln war schlicht, aber nicht im Sinne der Arbeiter. Ich kann mir nicht denken, in welchem anderen Sinne die Gewerkschaften Streikzeiteln schlichten, wenn sie dies nicht im Sinne der Arbeiter tun. Die Gewerkschaften in Rußland sind so stark, d. h. ihnen gehören so viele Mitglieder an, daß die letzteren doch so viel Macht besitzen, sich eine andere Schlichtung als eine solche in ihrem Sinne gelegene nicht gefallen lassen brauchen. Auch bei uns gibt es Arbeiter, die nicht immer mit den Entscheidungen ihres Betriebsrates oder Betriebsausschusses einverstanden sind. Wollte man diese Arbeiter hier als eine unterdrückte Bewegung bezeichnen, so würde gewiß den Betriebsausschüssen und Gewerkschaften damit Unrecht getan.

In einer anderen Stelle in diesem Kommentar heißt es: „Sie sprechen von der Sozialdemokratie bestenfalls wie von einer neutralen Macht keinesfalls wie von ihrer Partei. Sie mögen sich überlegen, was nur alles in der Welt sie denn dazu bewegt, jeden Mangel und jeden Fehler des Sowjetismus zu beschönigen, was sie wieder ihr besseres Wissen davon abhält, den Kommunisten entgegenzuhalten, daß man den Reformismus in Europa billiger haben kann als die Bolschewiken ihn in Rußland bezahlt haben.“ Erstens habe ich nicht jeden Fehler am Sowjetismus beschönigt, sondern manchen dieser Fehler aus den russischen geschichtlichen Tatsachen zu erklären versucht. Etwas aus

irgend einem Grunde erklärlich finden, kann nach meinem Dafürhalten nicht schon mit Beschönigung gleichbedeutend sein.

Die Frage, ob man den Reformismus, welchen die Arbeiter in Rußland haben, im übrigen Europa billiger haben kann als die Bolschewiken ihn in Rußland bezahlt haben, ist sehr unbestimmt zu beantworten. Wenn wir an all die Opfer denken, die die Arbeiterklassen der anderen Länder in den letzten 30 Jahren gebracht haben, um das Maß an Reformismus zu erreichen, was sie heute besitzen, so wird zugegeben werden müssen, daß diese Reformen auch nicht billig waren. Man denke nur an die Einkürzungen von Sozialdemokraten in der Vorkriegszeit in Deutschland und Oesterreich und an die Entlassungen und Verfolgungen der Arbeiter, die für diese Reformforderungen eingetreten sind und gelämpft haben. Sie waren sicher nicht gering.

Ich war immer der Auffassung, daß es auch einem Sozialdemokraten erlaubt sein muß, über die Frage, auf welche Weise man billiger zu Reformen kommen kann, eine eigene Meinung zu haben. Ich war immer ein Gegner der Anwendung des gewaltsamen Terrors, aber ich habe es auch begriffen, wenn die Arbeiter zu solchen Mitteln griffen, da, wo ihnen kein anderes zur Verfügung stand. Was mein Sprechen über die Rußlandreise in hiesigen Versammlungen anbelangt, so betone ich nochmals, daß ich es nicht als einen Schaden für die Partei der Sozialdemokratie erachten kann, wenn die hiesige Arbeiterklasse in richtiger Weise die Licht- und Schattenseiten der Verhältnisse in Rußland erfährt.

Sollte dies aber als ein solcher Verstoß gegen die Partei angesehen werden können, der meinen Ausschluß rechtfertigt, so muß ich mich schließlich dazueinigen.

Ich bin der Ueberzeugung, daß ich dem Interesse der Arbeiterklasse der ganzen Welt mit diesem Verhalten nicht geschadet, sondern vielmehr eher noch genützt habe.

Bachmann wirt der Redaktion vor, sie habe gegen ihn „Verdächtigungen“ erhoben. Die Verächtlichung soll in dem Satze bestehen: „Bewußt oder unbewußt fallen sie der Partei in den Rücken, der angesehener sie nach wie vor behaupten.“ Der Satz bezieht sich vor allem auf die Tätigkeit der Delegierten nach ihrer Rückkehr, auf ihr Auftreten in kommunistischen Versammlungen, auf ihre Äußerungen in der kommunistischen Presse und auf ihr Schweigen zu jedem Ergeh, den sich die kommunistische Presse a lonto der Delegation leistete. Bachmann biegt den Vorwurf geschickt ab, indem er von seinem Verhalten in Rußland spricht, wo er „sich überall als Sozialdemokrat bekannt“ habe. Daß die kommunistische Presse aber fortwährend Äußerungen der Delegierten und auch Bachmanns brachte, die sich gegen die Sozialdemokratie richteten, und daß keiner der Delegierten weder vor noch nach seiner Rückkehr diese Äußerungen widerrief, meldet Bachmann nicht. Das heißt, hier gibt eine Ausnahme: Bachmann hat in einer Zeitlicher Vertrauensmännerversammlung Widerruf geleistet, aber er widerrief nach einigen Tagen seinen Widerruf in — der kommunistischen Presse, zu der er doch keine Beziehungen haben will. Ohne sich an eine Parteiinstanz zu wenden, schaltete er ein Dementi, das unsere Vertrauensmänner gegen Parteigenossen! Bügen strafe, in ein genuerisches Blatt ein. Es ist traurig, daß Wilhelm Bachmann, der sich immer darauf beruft, dreißig Jahre Sozialdemokrat gewesen zu sein, das Gefühl dafür verloren hat, wann er seiner Partei in den Rücken fällt. Was stellt sich Bachmann unter Parteidisziplin vor? Weiß er nicht, daß man den Mann nicht nach einem Bippendennuntz misst, sondern nach seinen Taten? Bachmann hat sehr oft das Bekenntnis, er sei Sozialdemokrat, ausgesprochen. Ob er es in Rußland tat, wissen wir nicht. Sicher hat er es nach seiner Rückkehr sehr oft getan. Aber gerade dieses Bekenntnis ergab, geknüpft an Worte und Handlungen, die sich gegen die Partei richteten und den Kommunisten dienlich waren, einen Schaden für uns. Bachmann erinnert sich vielleicht, daß mir Leute aus der Partei ausgeschloffen haben, die für nationalistische und antisemitische Parolen eintraten und ihrem Wort mehr Wirkung zu geben hofften, wenn sie sich mit lauter Stimme als Sozialdemokraten deklarieren. Vielleicht weiß Bachmann, daß man aus der kommunistischen Partei (sogar einer abweichenden Ansicht wegen) ausgeschloffen werden kann. Was wäre wohl Bachmann geschehen, wenn er Kommunist wäre und über die Sozialdemokratie so gesprochen hätte, wie er heute über die Kommunisten spricht! Nein, wir haben Bachmann nicht verdächtigt, wir haben ihn beschuldigt, offen und eindeutig, und tun es heute wieder, daß er durch seine Handlungsweise, gerade weil sie verbunden war mit dem Bippendennuntz zur Sozialdemokratie, der Partei geschadet hat.

Bachmann begründet sein Verhalten damit, daß er eine Mission habe, die Einigung der Arbeiterklasse. Welcher Sozialist wünschte nicht die Einheit und Einigkeit der Arbeiterklasse? Welcher Sozialdemokrat hätte nicht seit 1920 immer wieder für die Einheit gekämpft und gezeugt. Aber solange die Partei in einem Kampf auf Tod und Leben gegen ihre Feinde steht, geht es denn doch nicht an, daß einer auf eigene Faust die Einigung vollzieht und den andern Vorwürfe macht, wenn sie seinen Wirkungskreis abgrenzen. Ein guter Sozialdemokrat steht in diesem Kampfe zu seiner Partei. Es geht eben nicht, wie Bachmann, nach dessen

Meinung die Kommunisten ja kein Wasserlein trübten können, sich die Sache vorstellt, um die „gemeinsame Basis“, die ja 1920 hier war und von den Kommunisten zertrümmert wurde, es geht, wie man aus jeder beliebigen Folge einer kommunistischen Zeitung entnehmen kann, um Tod und Leben, Vernichtung oder Sieg. Was in einem, in fünf, in zehn Jahren sein kann und sein wird, wen sich der Kommunismus ausgetobt hat, das steht hier nicht zur Diskussion, Bachmann muß wie jeder andere die Dinge nehmen, wie sie sind, er muß entweder mit uns oder gegen uns sein. Sich als neutrale Macht etablieren, das geht mindestens nicht im Rahmen der Parteilorganisation.

Über zur Hauptfrage: Bachmanns Beziehungen zur kommunistischen Presse. Sie begannen „erst“, als wir den Aufsatz so lange nicht brachten.

Am 19. November hat Bachmann einen Artikel an die Freiheit eingeschickt, der etwa zwei oder drei Tage später in der Zentralredaktion einlangte. Am 5. Dezember erschien der Artikel in unseren Blättern. Wenn Bachmann die Zeitungen aus dieser Zeit revidiert, wird er finden, daß raumtechnische Gründe die Aufnahme seines Artikels hinausgehoben.

Daß man einen Artikel von der Dimension des Bachmanns nicht jeden Tag einschalten kann, zumal er nicht ohne Kommentar hingenommen werden konnte, ist überdies klar. War aber Bachmann die Zeit zu lang,

dann mußte er als alter Sozialdemokrat doch wissen, daß es in einer politischen Partei Beschwerdewege gibt, daß der Appell an die Kreisvertretung, an den Parteivorstand ihm offen steht.

Statt dessen läuft Bachmann zur kommunistischen Presse und fällt damit, es sei nochmals gesagt, der Partei in den Rücken. Denn die kommunistische Presse arbeitet gegen uns mit den gemeinsten Mitteln, Lüge, Verleumdung, hinterhältige Angriffe gegen die Sozialdemokratie füllen die Spalten der kommunistischen Blätter. Schlimmer als irgendein bürgerliches Blatt bekämpft uns die bolschewistische Presse. Was soll aus der Partei werden, wenn jeder, dem nicht nach Wunsch geschieht, dessen Einbindung nicht gleich erledigt wird — und wieviel Einbindungen bleiben bei uns durch Wochen und Monate liegen, wieviele müssen wir ablehnen und meist aus rein technischen journalistischen Gründen! — mit seiner Klage zum „Tag“ oder etwa zur „Deutschen Presse“ liefen!

Daß wir seinen Artikel kommentieren würden, hatte Bachmann mit Recht erwartet. Er mußte es erwarten, da er doch selbst sein Urteil für nicht zuverlässig hielt. Selbst wenn er aber darauf bestünde, unfehlbar wie der Papst zu sein, müßten wir zweifeln, weil uns die ganze Institution der Rußlanddelegation — und das will Bachmann nicht begreifen, dagegen stemmt er sich mit aller Gutmütigkeit — nicht das geeignete Mittel scheint, die Wahrheit zu erforschen.

Wir setzen den Fall, die tschechische Regierung nehme sich vor, einer ausländischen Delegation, die auf Regierungskosten, mit amtlichen Führern, ohne Kenntnis der Landesprachen das Land durchzist, einen guten Einblick von diesem Staate zu vermitteln. Es gelänge ihr tollficher, wenn die Delegierten so kritisch wären wie Bachmann. Würde die tschechische Regierung nicht die neuen Schulen der „Menschen“ halt der gesperrten deutschen, die Parade-Institute auf allen Gebieten der öffentlichen Fürsorge vorführen? Und hat man nicht, trotzdem bei uns größere Pressefreiheit herrscht als in Rußland, trotzdem in die OBR fast jeder Fremde ungehindert einreisen kann, das Ausland jahrelang über die Verhältnisse in diesem Staate genäht? Bachmann hat sich blenden lassen von dem, was man ihm gesagt und gezeigt hat. Hat er überhaupt Vergleichsobjekte herangezogen? Hat Bachmann jemals irgend welche staatliche, kommunale, genossenschaftliche Unternehmungen außerhalb Rußlands besichtigt? Ist ihm bekannt, daß gewisse Unternehmer in Deutschland vor dem Krieg ihren Arbeitern oft große Vorteile boten gegen politische Konzeptionen? Und hat sich Bachmann einmal gefragt, wozu die Delegationen denn inszeniert würden? Ist ihm beim Lesen der kommunistischen Presse, und gerade dort, wo es sich um ihn handelte, nicht der Eisenstieber aufgegangen? Hat man schon früher gehört, daß Delegationen sorgfältig ausgewählt und auf Staatskosten geführt werden zu andern als zu Propagandazwecken? Sagt ihm das von den Kommunisten mit einem abernern Wis abgetane Beispiel eines seiner engeren Partei- und Heimatsgenossen, den man nicht mitnahm, weil er nichts geschenkt nehmen wollte, nicht deutlich, wozu er sich hergegeben hat?

Unermüdlich und nicht gerade leicht aber Bachmann weiter unsere Einwände zu entkräften. Wir begrüßen es, daß er endlich klipp und klar sagt, daß

er die russischen Methoden nicht für einfach übertragbar und die Westländer halte.

Aber wenn er dann über die Kampfmittel, die unser Programm vorsieht, diskutiert, so müssen wir ihm denn doch sagen, daß er damit offene Türen einrennen, daß wir nicht den Stimmzettel als einzigen Erblöber anbieten und daß er nicht auf das österreichische Programm verweisen brauchte, sondern nur auf die Karlsbader Deklaration, die nicht von uns, sondern von den Kommunisten gebrochen wurde. Und ist es Bachmann nicht aufgefallen, daß man in Ruß-

Land Fehler geficht und ihm Komplimente machte, während bei uns jeder Sozialdemokrat als Verräter hingestellt wird! Hier mußte Bachmann, wenn er kritisch denken kann und will,

das Doppelgesicht des Volkswissenschaftlers erkennen, der immer zwei Eifen im Feuer hat.

Nichts von alledem. Bachmann bleibt an Kleinigkeiten haften. Da die Kommunisten keine Freunde an seinen Auskehrungen haben würden, mußten doch wir uns freuen. Mit nichts, Genosse Bachmann! Es dürfte für beide Teile eine gefällige Freude sein. Für die Kommunisten, weil sie nicht alles so gelobt finden, wie sie es wünschen, für uns, weil wir sehen, wie ein Mensch, der Sozialdemokrat sein will, unseren Gegnern Schützenhilfe leistet.

Die Belehrungen über die Meinungs- freiheit sollte Bachmann sich lieber schenken. Wir erinnern ihn nur wieder daran, was ihm geschähe, wenn er als Kommunist seine Meinungsfreiheit durch Mitarbeit an der sozialdemokratischen Presse beiläufig. Niemand ist gehalten, unserer Partei anzugehören. Wer nicht mit dem sozialdemokratischen Programm übereinstimmt, wer den Sozialismus in der Sozialdemokratie schlecht angesehen glaubt, dem steht der Weg offen. Weil wir niemanden zwingen, sich zu uns zu bekennen, verlangen wir aber um so strikter Ehrlichkeit und Treue und eine feste Gesinnung. Auch Bachmann mag für seine Anschauungen eintreten und in der Partei werden, wenn sie im Einklang mit der Parteidisziplin stehen. Daß die Diskussionen in den Versammlungen seltener werden, kann nicht unsere Schuld sein, denn wir haben kein anderes Mittel als den Appell an die Disziplin, um den Arbeitern politische Anleitungen zu geben. Bachmanns Tätigkeit in öffentlichen Versammlungen und in der kommunistischen Presse geht über den Rahmen dessen hinaus, was die Partei, in der nicht der Wille eines oder mehrerer Menschen, sondern der Wille der Mehrheit der Mitglieder entscheidet, gewähren kann. Daß man das einem Mann erst sagen muß, der dreißig Jahre in der Partei stand, ist allerdings traurig.

Den Satz Bachmanns über den „roten Direktor“ und das Beschwerderecht der Arbeiter haben wir vergleichshalber an den Auskehrungen der Unternehmer gemessen. Bachmann entwirrt sich darüber, ohne durch Beweise zu erhärten, daß in Russland das Beschwerderecht der Arbeiter größer sei als bei uns. Wieder gilt als einziger Beweis sein guter Glauben an das ihm Erzählte. Und Bachmann weiß nichts von der Beschränkung des Streikrechts! Er weiß ja auch nichts von den Kerzern, weil man ihm gesagt hat, „gegen Arbeiter und Bauern über man keinen Terror“, sie hätten keine Ursache, dem Sowjetssystem gram zu sein. Uns wundern wir — Bachmann wird auch das natürlich nicht wundern — daß man auf dem Parteitag, der eben stattfand, erklärte, die Aufnahme von Betriebsarbeitern und Bauern in die Partei — gegenwärtig besteht sie zu 60 bis 70 Prozent aus Bürokraten — werde die Partei „verwässern“.

In dem Ton geht es bei Bachmann weiter. Was man ihm in Russland gesagt hat, ist ein Evangelium, er glaubt fest und seit an all das, was in den staatlichen Briefschreibern steht, die man ihm auf den Weg gab und was er schwarz auf weiß geschrieben hatte, glaube er ruhig herunter zu können. Was aber ein Sozialdemokrat, also einer seiner Parteigenossen, ihm ratend und warnend sagt, das ist in die Luft geredet.

Bachmann will nichts beschönigen haben, aber er hat die Augen geschlossen, wo sie auf einen Schönheitsfehler des Volkswissenschaftlers fielen und er hat das Problem verkehrt, hat daneben geredet und Verwirrung gestiftet. Er spricht von den Opfern der Vorkriegszeit und geht gleichgültig über die Opfer der Nachkriegszeit hinweg. Er meint auch, Reformen seien nicht ohne Opfer zu haben, aber er sieht nicht das Kernproblem des russischen Terrors:

daß die Volkswissenschaftler heute reformistische Politik machen, aber nach wie vor Tausende eingekerkert halten, weil sie „Reformisten“ waren. Daß man Tausende geschlachtet hat, weil sie zu jener Politik rieten, die heute von den Herrschern als „Kommunismus“ etikettiert wird.

Bachmann will nicht sehen, daß die Kommunisten, die in Russland den Reformismus durchsetzen, uns in Europa die Kur des Butschismus und Terrorismus zugedacht haben. Sie spielen den Arzt, der in seinem Privatambulatorium die Leute längst mit einem probaten Heilmittel kuriert, in der öffentlichen Klinik aber immer noch die alte Praktik anwenden will, an der ihm früher die Patienten starben. Ist Bachmann an Italien, an den blutigen Butschverbrechen im Reich, an der Spaltung mächtiger Arbeiterparteien nicht genug? Geht es ihm nach russischen Methoden, um schließlich dorthin zu kommen, wo wir heute schon überall sind, wo die Kommunisten mit der Spaltung kein Glück hatten? Wenn das seine Ueberzeugung ist, dann mag er sie vertreten, aber die Sozialdemokratie ist nicht das Forum, auf

dem er Lehren predigen kann, die der Arbeiterklasse unserer und der Mehrheit der deutschösterreichischen Arbeitermeinung nach verderblich sind. Ob Bachmann seine Tätigkeit als einen Schandener der Partei oder als Großtat für die Arbeiter der ganzen Welt erachtet, ist dabei nicht maßgebend. Autorität muß erworben werden und sich hundertmal erproben. Die Teilnahme an einer Auslandsfahrt gibt keinem Genossen ein größeres Recht, als es 75.000 andere Genossen besitzen. Bachmann wird von der hohen Partei, auf die er sich selbst gesetzt hat, herabsteigen müssen, auch wenn ihm die kommunistische Presse noch so schmeichelt. Wir haben nicht gefürchtet, was er zu sagen hatte, wir fürchten nicht, was er im Vertrauen auf seine vermeintliche Mission, noch unternehmen will.

Der Artikel Bachmanns ging uns etwa eine Woche vor Weihnachten zu. Die Vorgänge im Parlament, die Vorbereitung der Weihnachtsansprache des Reiches liegen uns weder Zeit noch Raum zur Veröffentlichung des Artikels Bachmanns. Das währte Bachmann zu lange.

Ginowjew geschlagen.

Die Resolution des Moskauer Kongresses gegen Ginowjew und seine Opposition.

Der Parteitag der russischen kommunistischen Partei dürfte heute beendet werden. Das Ergebnis liegt bereits vor: die Leningrader Opposition, unter Führung Ginowjews, verläßt gelassen den Kongress, die politisch-organisatorische Resolution des Kongresses wendet sich unzweideutig und in aller Schärfe gegen Ginowjew und seine Leute; seine Stellung ist durch diesen Ausgang jedenfalls schwer erschüttert. Bezeichnend für die diktatorischen Methoden in dieser Partei ist die Tatsache, daß die Kongressmehrheit nach der Annahme der Resolution dem oppositionellen Kamernow, der über Wirtschaftfragen referieren sollte, nicht das Wort erteilte!

Die Resolution selber vermag trotz aller Versuche, alles Sowjetrussische rosarot zu malen, doch nicht die politische, wirtschaftliche und Parteifrage zu verbergen und stellt ein Gemisch von Unwahrem, Schöngeschildertem und Wahren, Lobhudelei und Besorgnis, Optimismus und Gefahrenerkennnis dar. Halb sucht sie die Gegensätze zu verdecken, halb spielt das Zentralkomitee den starken Mann, der allen Ungehörigen die Faust zeigt. Ginowjew scheint die Faust zu fürchten, denn er erklärte, daß die Parteitagbeschlüsse für alle, auch für ihn, verbindlich seien. Man wird aber von dieser „Verbindlichkeit“ wohl noch zu hören bekommen.

Das Zentralkomitee stellt sich in dieser Entschlieung ein glänzendes Zeugnis aus, indem es verkündet, daß seine „die Stellung des Sozialismus in der Wirtschaft“ die Stellungen des Sozialismus in der Wirtschaft und außerungsfähige Gegenteil ist richtig, was ein einziger Blick auf die Lage der Weltarbeiterschaft leider zeigt. Ebenso gelinde gefaßt, falsch ist die Behauptung von der „steigenden Rolle der sozialistischen Elemente in der gesamten Volkswirtschaft“ Russlands. Als Gegenzeugen brauchen wir hier nicht einmal Ginowjew und seine Leningrader zitierten; es genügt dazu vielmehr dieselbe Resolution, die an anderer Stelle vom „absoluten Anwachsen des Privatkapitals“, vom „Kampf zwischen den kapitalistischen und sozialistischen Elementen der Wirtschaft“ spricht und den allergrößten Raum der Bedeutung und Notwendigkeit des Bündnisses mit den Mittelbauern, also mit den kleinbürgerlichen Elementen des Dorfes widmet. Auch das „Anwachsen einer neuen Bourgeoisie in den Städten“ stellt das Zentralkomitee auf seinem Wege zum Sozialismus fest. Interessant ist die Forderung der Resolution nach „konsequenter innerparteilicher Demokratie“. Wie ernst gemeint diese Forderung ist, erhellt wieder aus einer weiteren Stelle in der Entschlieung, in der der Parteitag es billigt, daß das Zentralkomitee „eine offene Diskussion“ mit der Opposition nicht zuließe. Dennoch scheint man auch in

Ohne irgendeinen Versuch zu machen, unsere Absichten mit seinem Artikel zu erforschen, veröffentlichte er ihn in der „Internationale“.

Er habe ihn also sauberlich abgeschrieben und war von allem Anfang an entschlossen, ihn nach wenigen Tagen in der kommunistischen Presse zu publizieren. Denn hätte er es erst nach einer Ablehnung tun wollen, so stand ihm sein Manuskript jederzeit zur Verfügung. Oder verdächtigt Bachmann, der für seine Person überempfindlich ist, den Vertrauensleuten der Partei aber anscheinend jede Schlichtheit zutraut, die Redaktion, daß sie Manuskripte entwerdet oder vorenthält?

Ueber seine Beziehungen zur kommunistischen Presse hat Bachmann mit seinem letzten Schritt jedenfalls deutlichen Aufschluß gegeben. Er wird über sie hoffentlich seiner Organisation ebenso selbstverständlich Rechenschaft ablegen, wie er von uns über rein technische Fragen der Publizistik Rechenschaft verlangt hat.

Moskau schon zu der Erkenntnis gekommen zu sein, daß es mit den bisherigen Parteimethoden nicht weiter gehen wird. Man fordert nämlich jetzt unter anderem „Bekämpfung der Aktivität der breiten Parteimassen“ bei der Betätigung von Parteifragen, „konsequente Durchführung der Wählbarkeit der leitenden Parteiorgane“, „Herbeiführung neuer Kräfte“, „Heranbildung eines neuen Parteifaders“, richtige Regulierung der Parteizusammensetzung“ und schließlich „die immer größere Einbeziehung der Arbeiter in die Partei“. Hier zeigt sich jedoch gleich auch der Herdeseufz dieser Diktator über das Proletariat, die laut der Moskauer Resolution ein „übermäßiges Aufquellen der Parteimitgliedschaft“ ablehnt. Wer „keine Schule der Gewerkschaften und der proletarischen Organisation überhaupt durchgemacht“ hat, darf auch weiterhin nicht in die Partei, das heißt in den Herrschaftskreis der Arbeiterschaft, der doch Russland angeblich ist, dürfen nur approbierte, sorgfältig ausgewählte, den Diktatoren brauchbar (und wohl gefügig) erscheinende Leute die Politik und ihr eigenes Schicksal mitbestimmen. Man kann sich vorstellen, wie bei solchen Prinzipien auch weiterhin die „konsequente innerparteiliche Demokratie“ aussehen wird, vor der das Zentralkomitee wohl mit Rücksicht auf das überraschende Parteitagbild seine Verbeugung gemacht hat.

Es scheint uns, daß dieser Kongress auch in den Reihen der kommunistischen Arbeiter Bedenkenswertes zu ihrer Erkenntnis von der Wahrheit über Sowjetrußland beitragen wird.

Maßregelung der „Pravda“

wegen Unterstützung der Opposition Ginowjews. Moskau, 30. Dezember. In der gestrigen Sitzung des Parteitages der kommunistischen Partei Russlands brachte der Delegierte Sulinow namens der ukrainischen Delegation folgenden Antrag ein:

„Mit Rücksicht darauf, daß die Leningrader „Pravda“ auch nach der Beschlußfassung des Kongresses einen systematischen Kampf gegen die auf dem Kongress angenommenen Grundsätze führt und so offensichtlich die Parteidisziplin verletzt und die Beschlüsse der Partei untergräbt, beauftragt der Kongress den Zentralkomitee, unverzüglich Schritte zur Auswechslung und Verbesserung des Redaktionspersonals der Leningrader „Pravda“ zu treffen.“

Dieser Antrag wurde mit allen gegen 38 Stimmen angenommen.

hingekommen; wir werden mit milliardenfachen Ausgaben belastet, die sich auf vier Millionen Pfund jährlich belaufen können; und damit wird ein Streit mit den Türken ausgetragen versucht, der früher oder später zum Krieg führen kann. Die Politik des wirtschaftlichen Imperialismus verschlimmert die Gefahren, die die konservative Regierung bereits in Asien hervorgerufen hat. Die Regierungspolitik hat das chinesische Volk gegen uns bereitigt, sie hat uns Russland zum Gegner gemacht und jetzt fordert sie die Türken heraus.

Die Unabhängige Arbeiterpartei ruft zu einer einheitlichen und entschlossenen Opposition der gesamten Arbeiterbewegung gegen diese kostspielige und gefährliche imperialistische Politik auf. In der Ueberzeugung, daß die öffentliche Meinung gegen die Verlängerung des Mandats ist, verlangt sie eine freie Abstimmung des Parlaments darüber. Sie ersucht schließlich die Labour-Partei, im voraus zu erklären, daß diese sich in der Befolgung des Wahlproblems durch die Schritte, die die Baldwin-Regierung treffen mag, in keiner Weise gebunden fühlen wird.

Inland.

Hlinka, Lelley und die ungarische Geldfälschungsaffäre.

Im Zusammenhang mit der Aufdeckung der ungarischen Geldfälschungsaffäre wurde von einigen Blättern, darunter auch von dem der Regierung nahestehenden „Slovensky Dennik“ Abgeordneter Hlinka beschuldigt, daß er in Verbindung mit dem Chef der Fälscherbande, Bajor, gestanden sei und daß er, obwohl er von den falschen Banknoten, die ihm angeboten worden seien, gemußt habe, den Aemtern keinerlei Mitteilung gemacht habe. In der gestrigen Nummer des „Slovak“ tritt nun Hlinka diesen Ausstellungen entgegen. Er erklärt, er habe niemals Beziehungen mit Leuten vom Schlage Bajor's unterhalten und es seien ihm niemals falsche Banknoten angeboten worden. Die Redaktion des „Slovak“ fordert gleichzeitig jene Leute, die den Menschen, der Hlinka das Geld angeboten habe, kennen, auf, ihre Namen zu nennen und ersucht auch alle Zeugen, sich zu melden.

Auch der gemeinsame ungarisch-christlichsoziale Abgeordnete Dr. Lelley wird mit der Affäre in Verbindung gebracht. Die „Lidova Rovina“, die vor wenigen Tagen eine diesbezügliche Meldung brachte, werden, wie der ungarische „Hirado“ meldet, von Lelley mit einer Strafanzeige bedacht werden. Die „Lidova Rovina“ haben nämlich aus slowakischen Blättern die Nachricht übernommen, daß Lelley vom Emisjär der ungarischen Regierung ein Paket gefälschter fünfzehnhundert-Kronen-Roten erhalten habe, welche er mit Hilfe eines Steuerbeamten in echte umtauschte! Der „Slovensky Dennik“ brachte sogar die Nachricht, daß Lelley verhaftet und der Finanzrat R. in Reuro, der Lelley bei den Manipulationen behilflich gewesen sein soll, pensioniert wurde. Die Nachricht des „Slovensky Dennik“ ist aber un wahr. Lelley wurde nicht verhaftet, ja nicht einmal verhört. Die Kriminalabteilung der Prager Polizeidirektion wußte bis 29. Dezember, fünf Uhr nachmittags, überhaupt nichts von der Budapester Geldfälschungsaffäre, beziehungsweise über die Fäden die sich von dieser Affäre in die Slowakei spinnen. Auch der Prager Polizeidirektion ist über die Geldfälschungsaffäre zu dieser Zeit nichts bekannt gewesen.

Auch die tschechischen Nationaldemokraten verlangen die Einstellung des Abbaugesetzes. Nach einer Meldung tschechischer Blätter haben die Abgeordneten Jezek und Kavratic, beide Angehörige der nationaldemokratischen Partei, Anfragen an den Ministerpräsidenten wegen der Durchführung des Gesetzes vom 22. Dezember 1924 über Sparmaßnahmen in der öffentlichen Verwaltung gerichtet. Sie verlangen die Beendigung des Abbaues.

Tschechoslowakei—Vatikan. Die „Tribuna“ meldet: Nach dem Besuche des Erzbischofs Jordani beim Papste ist eine persönlichere Stimmung zur Lösung des Konfliktes, der zwischen der tschechoslowakischen Regierung und dem päpstlichen Stuhle wegen der offiziellen Feier des Hus-Tages und der Abreise des päpstlichen Nuntius Marzoggi herrscht, zum Ausdruck gekommen. In tschechoslowakischen Kreisen, die in kirchlichen und freireligiösen Fragen gut informiert sind, hält man „Tribuna“ zufolge, dafür, daß der Konflikt bis zum kommenden Frühjahr durch eine gegenseitige Vereinbarung beseitigt werden wird. Im Laufe des Jahres 1926 soll es dann zu einer endgültigen Regelung der Disziplinen in der Weise kommen, daß ihre Gebiete sich mit den Grenzen der tschechoslowakischen Republik decken. Diese Regelung wird wahrscheinlich der Vatikan durchzuführen, und zwar mit einer nachträglichen Genehmigung der Prager Regierung. Im Verlaufe dieser Verhandlungen werde auch die gegenseitige Berufung neuer Gesandter erwogen werden.

Der Streit um den Senatpräsidenten. Die „Narodni Politika“ meldet, daß nach den bisherigen Dispositionen das Parlament für den 10. Jänner einberufen werden wird. Allerdings nur für den Fall, wenn bis zu dieser Zeit die Frage des Vorstehens des Senates gelöst sein wird. Bekanntlich soll einen Monat nach Eröffnung der Session die Präsidentenwahl definitiv erledigt sein. Die Volksparteier beharren auf dem Grundsatz, daß der Vorsitzende des Senates aus der zweitstärksten Regierungspartei entsnommen werden soll, die Sozialisten hingegen verließen sich darauf, daß der Vorsitzende des Senates ein Sozialist sein müsse, wenn der Vorsitzende des Abgeordnetenhauses einer bürgerlichen Partei angehört. In allen diesen Fragen werden gleich in der ersten Jännerwoche die Verhandlungen aufgenommen werden.

Der Zwanzigerausschuß der Koalition trat im Abgeordnetenhause zu einer Sitzung zusammen, in welcher eine Reihe dringender Angelegenheiten, die das Parlament zu erledigen haben wird, durchberaten wurde. Darunter befinden sich die rasche Beendigung der Arbeiten für das neue Gehaltsystem der Staatsangestellten, die Reorganisation des Bodenamtes, die Herausgabe der Durchführungsvorbereitung zum Sprachengesetz, die Konstituierung weiterer parlamentarischer Ausschüsse und die technischen Vorbereitungen für die Jännertagung. Die Mehrzahl der Parteivertreter sprach sich, wie gewöhnlich, für die rasche Erledigung dieser Fragen aus.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Des Müllers Glück. Ein armer Müllergehilfe gewann in einer vergangenen Lotterie auf ein klaffenlos die Prämie von K 700.000.— Er und seine Geschwister sind für den Rest ihres Lebens von Sorgen befreit. Das zufällig gekaufte Los geradete ihnen zum Glück. So viel wir erfahren, hat er dieses Los beim Bankhause Eduard Bella & Co., Prag I., Dobroty tch 19, gekauft.

Volkswirtschaft.

Die Lohnverhandlungen in der Landwirtschaft für Böhmen beendet.

Die Verhandlungen über den Abschluß der Richtlinien für 1926 begannen schon Ende Oktober. Man trachtete eben mit den Verhandlungen noch vor Beginn des neuen Jahres fertig zu werden und so einen vertragslosen Zustand zu vermeiden. Dieses Bestreben war von Erfolg. Die Verhandlungen waren schwierig, weil die verschiedenen Auffassungen hart aufeinander prallten. Während die Vertreter der Arbeiter einige Verbesserungen verlangten, kamen die Unternehmer mit der Forderung nach einer 15prozentigen Kürzung der Löhne. Sie behaupteten dazu berechtigt zu sein, da die Verhältnisse dieselben seien wie im Jahre 1923. Der Preis für ihre Produkte ist gesunken, sie sind somit nicht in der Lage dieselben Löhne zu zahlen. Der Umstand also, daß die Getreidepreise gegenüber dem Vorjahr gesunken sind, wird benötigt, um den Versuch einer Lohnkürzung zu wagen. Trotz des gesunkenen Getreidepreises kann nicht behauptet werden, daß die Landwirtschaft in Not sei. Sie verdient dabei und kommt auf ihre Rechnung. Der Getreidepreis ist hoch genug, um die Herstellungskosten zu decken und einen Gewinn zu gewährleisten. Die sinkende Tendenz der Getreidepreise ist übrigens schon zum Stillstand gekommen und der Landwirt besitzt die Möglichkeit zu Preisen, seine Produkte zu verkaufen, die ihn vor Verlusten schützen. Der Zoll ist doch ebenfalls ein Mittel, die Landwirtschaft vor großem Schaden zu bewahren. Dies sind also keine Gründe, die eine Lohnherabsetzung rechtfertigen würden. Die Agrarier waren genötigt, Schritt um Schritt ihre Forderung aufzugeben. Es gelang den Unternehmern nicht irgendeine Verschlechterung der Richtlinien zu erreichen.

Die so gegebenen Zustände lassen schon erkennen, daß die wichtigste Aufgabe darin bestehen mußte, jede Verschlechterung der Verträge zu vermeiden. Es war nicht möglich, das durchzuführen, was man wollte, sondern wir konnten nur kleinere Wünsche realisieren. So gelang es zu erreichen, daß die Petroleummenge während der sechs Wintermonate pro Monat um einen halben Liter erhöht wird. Die Lebensgefährtinnen werden nunmehr ebenso behandelt wie die Gattinnen. Bisher hat dafür keine Norm bestanden. Hinsichtlich der Feiertagsbestimmungen ist vereinbart, daß die Doppelfeiertage als Ruhetage bestehen bleiben. Es ist somit trotz der nicht besonders günstigen Situation immerhin gelungen, einige kleinere Erfolge zu erreichen. Von Anfang an war es klar, daß es nicht möglich sein wird, be-

sondere Erfolge zu erreichen. Auch muß immer wieder festgestellt werden, daß die wichtigste Voraussetzung zur Erhaltung besserer Lebensbedingungen eine starke Gewerkschaft ist. Und das fehlt eben noch viel. Wenn man bedenkt, daß von den Hunderttausenden von Landarbeitern nicht einmal ein Viertel organisiert ist, so kann man die Situation erst richtig beurteilen. Da heißt es nun anpacken, um die Lücke der Front zu schließen. Es ist die Aufgabe eines jeden für die Organisation der Landarbeiter zu wirken. Dies ist eine Arbeit im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung. Durch sachliche Arbeit ist es gelungen, jede Schädigung zu vermeiden und darüber hinaus ein paar Verbesserungen zu erzielen. Nun gilt es die praktische Durchführung der Richtlinien vorzunehmen.

Bei diesen Verhandlungen zeigte sich auch wieder der unfellege Geist der Zersplitterung der Kräfte. Kommunisten, Nationalsozialisten und Alerikale bildeten eine Einheitsfront, eine Koalition. Sie brachten natürlich einen langen Wunschzettel, weil das bekanntlich sehr billig ist und sich auch hübsch Propaganda damit treiben läßt. Nun die Herrschaften scheinen erst jetzt recht zu erkennen, daß die Richtlinien Dinge enthalten, die nicht besonders hübsch sind, deren Befolgung aber im jetzigen Moment ungeheuer schwer ist. Sie hätten nur 1919 die Sache sich richtig überlegen sollen und diese Bestimmungen, die in vieler Hinsicht hinderlich sind, nicht erst aufnehmen sollen. Ja damals waren sie halt noch nicht erleuchtet von der Moskauer Gnadenwolke. Sie wissen genau, daß heute nicht soviel zu erreichen ist wie 1919—1920, aber dennoch wird drakonisch gefordert. Wenn die Kommunisten sich die Entwicklung ihrer eigenen Organisation ansehen, müssen sie einsehen, daß dem Willen bestimmte Grenzen gezogen sind. Ohne Zweifel stellen 113.491 Mitglieder, die sie im Jahre 1921 hatten eine größere Macht dar, als 32.919 Mitglieder, die sie Ende 1924, nach ihren eigenen Berichten, hatten. Von diesen Tatsachen ist auch die Unternehmerrschaft unterrichtet, die dies entsprechend ausnützt. Die „revolutionäre“ Tätigkeit der Bolschewiken ist eine der Hauptursachen der organisatorischen Schwäche der Landarbeiterbewegung. Im Jahre 1923—24 waren alle Organisationen zusammen nicht so stark wie 1921 die Kommunisten allein. Dies beweist deutlich genug, daß die Tätigkeit der Kommunisten nur schädlich für die Arbeiterbewegung ist. Die große Masse der nicht organisierten ist dem Indifferentismus in die Arme gefallen. Nunmehr heißt es mit aller Kraft, die Organisation derer, die Abseits stehen in die Wege zu leiten und dann mit neuer Kraft und frischem Mut den Kampf um bessere Existenzverhältnisse aufzunehmen.

Der Film.

Sally. Ein first National-Film, gedreht nach einer Musikkomödie von Jiegsfeld, die angeblich in New York hochselbst vor ausverkauftem Haus aufgeführt wurde. Die Hauptdarstellerin des Filmes Colleen Moore soll durch diese Rolle „berühmt“ geworden sein. Mag sein, — aber ein Europäer würde davon herzlich wenig verspüren, wenn er nicht durch das Klambim der Reklame in vorhinein darauf wohlweislich aufmerksam gemacht worden



Laden Sie Ihren Akkumulator zu Hause mit dem PHILIP'S GLEICHRICHTER

wäre. Es ist ein schön ausgestattetes, schneidig gedrehtes Lustspiel von der üblichen großartigen Art der First National-Produktionen, in dessen Mittelpunkt eine arme Waise steht, die unbändige Tanzlust in sich verspürt und tatsächlich eine berühmte Tänzerin wird, nachdem sie vorher Hausgehilfin bei einer Tanzlehrerin und dann Abwaschmädchen in einer Bar gewesen war. Selbstverständlich findet sich auch der dazugehörige junge vermögende Mann (Lloyd Hughes), der die Tänzerin heiratet. Ein Vorwurf ganz in üblichem Sinne und wenn an dem Film wirklich etwas auffallenderes ist, ist es bloß die gut zur Geltung gebrachte Wahrheit, daß die sogenannte „bessere“ Gesellschaft meist in ihren Anschauungen und Ueberzeugungen von einem sinnwidrigen, vertrottelten Standpunkt ausgeht.

Herausgeber Dr. Ludwig Czech. Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Riehnert. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei AG. Für den Druck verantwortlich: Otto Holla.

Handlung voll großartig und spannend ab und die gute Besetzung der tragenden Rollen macht den Film nur noch schenwerter. Auch das zweite Stück „Das Herz des Gauflers“ ist eine überaus nett verfilmte Geschichte mit packenden tragischen und menschlich durchfühlten Werten. Ein junges Mädchen wird die Geliebte eines Malers und will Selbstmord begehen, da sie sich von ihrem Geliebten betrogen wähnt. Ein alter Gaufler rettet sie jedoch und nimmt sie auf seine Wanderungen von Stadt zu Stadt mit, bis dann nach Jahren ein Zufall die beiden Leuten wieder zusammenführt. Trophem der Vorwurf so einfach scheint, ist der Film dennoch ein wahres Glangstück geworden, dem weder allgierlicher Humor noch spannende und aufpeitschende Szenen, noch zum Herzen gehende rührende Menschlichkeit mangelt. Das Hauptverdienst an der Sehenswürdigkeit dieses Stückes ist aber nicht so sehr den Menschen als einem Tiere zuzuschreiben: die „Hauptrolle“ — wenn man so sagen kann — spielt ein Schimpanse, dessen Intelligenz und Ausbildung nahezu ans Unglaubliche grenzt. Abgesehen von der Gediegenheit der Handlung an und für sich würde das „Spiel“ dieses Affen allein genügen, um dem Stück die nötige Zugkraft zu verleihen.

Genossen! Ihr müßt uns ausgeht für die Verbreitung unserer Zeitung agitieren. Seht euch überall für unsere Parteipresse ein. In das Heim des Arbeiters gehört die Arbeiterpresse. Darum, Genossen u. Genossinnen, agitiert

Kunst und Wissen.

Das Arbeitsprogramm der Oper. Im Laufe des Jänner bringt die Oper unter Zemlinitschs Leitung das Musikdrama „Salome“ von Richard Strauß (Regie Louis Laber) vollständig neubestetzt zur Wiederaufführung. Die Premiere der neuen Oper „Die heilige Ente“ des Wiener Komponisten Dr. Hans Gal, ist für den 15. Jänner angefügt. Dirigent: Steinberg; Inszenierung: Laber.

Ballentien-Trilogie am 12. und 13. Jänner, abends 7 Uhr zu bedeutend ermäßigten Preisen. Logen 48—78 K, Stühle 6—21 K, Stehplätze 2—4 Kronen. Vormerktungen hiezu werden vom Bezirksverband des Deutschen Kulturverbandes im Deutschen Hause, Zimmer 16, bis 8. Jänner entgegengenommen (Tel. Nr. 23461).

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Heute um halb 7 Uhr „Rigeunerbaron“, 10 Uhr nachts „Silvester-Revue“, Freitag halb 8 Uhr nachmittags „Der gestiefelte Kater“, 7 Uhr „Figaros Hochzeit“, Samstag „Terzina“, Sonntag halb 8 Uhr nachmittags „Die verkaufte Braut“, halb 8 Uhr „Charlens Tante“, Montag halb 8 Uhr „Sweiglückliche Tage“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Donnerstag, abends 7 Uhr „Rehufalem“, 10 Uhr nachts „Waher Jakob“, Freitag 8 Uhr nachts „Die vertagte Nacht“, 10 Uhr „Waher Jakob“, Samstag „Zurück zu Rehufalem“, Sonntag 8 Uhr „Einen Jux will er sich machen“, 7 Uhr „Zurück zu Rehufalem“, Montag Gastspiel „Elo Elo“.

Turnen und Sport.

Preis I des Verbandes der Arbeiter-Abfahrer. Sonntag, den 3. Jänner 1926 in Lura „Wilhelmstadt“ Samarkiter u. s. Beginn 9 Uhr vormittags. An diesem Kurs können alle proletarischen Vereine und Organisationen teilnehmen.

DRUCK- u. VERLAGSANTALT Gesellschaft m. beschr. Haft.

empfehl ich den p. t. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Druckorten wie: Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitchriften, Zirkularen, Mitteilungsheften, Einladungen, Plakaten, Flug-schriften, Fakturen, Briefpapieren usw. in solider und rascher Ausführung. Setzmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

IN TEPLITZ-SCHÖNAU Tischlergasse Nr. 6.

Die Abendmode verwendet Blumen in verschwenderischer Fülle.



Der Winter nähert sich seinem Höhepunkt. Mit jedem Tag steigert er Vergnügungsbau und Lebensstaumel und kein Mensch kann sich dem Jauch der tollen Faschingswochen vollständig entziehen. Frau Mode jubelt und macht sich die festliche Stimmung zunutze, um strahlende verführerische Kleider zu erfinden. Besonders prunkhaft gestalten sich die Abendmäntel. Auffallend sind Gapes, die durch einen weichersten Schnitt und einen innen angebrachten Gürtel die Umrisse der Silhouette betonen. Aus rubin- oder geraniumrot, aus violett und königsblauem Samt mit Metallspüre und einem großen Kragen aus Rauchwerk sind diese Umhänge sehr dekorativ. Der Oberteil wird gerne aus Velours, das Futter aus dem Material der Tolleste gewählt. Der Mantel aus Goldblau mit sehr weiten, aus der Fülle des Modells hervorstechenden Ärmeln hat etwas vom Heide längst entschundenen Beuten und darum wird er von den großen Modellen bevorzugt. Die Silhouette bleibt biegsam und gertenschlank, das neue Kleid betont leicht die Körperformen und erweitert sich nach unten zu in großer V-förmiger Einfassung. Das Bourreau, dessen gesuchte Einfachheit immer vornehm und elegant wirkt, zielt sich nun mit Gobelis oder Falten. Die neuen Abendkleider verzichten auf den Kermel, auffallend sind die weiten Ärmelchen und das launische Dekolleté. Sehr klebsam ist der neue Schnitt in Rollform, der die Gestalt in vorzüglichster Weise streckt. Er wird mit beherzten Galons eingefasst und mit einer Quaste oder mit einem Blousteremotiv abgerollt. Der vierfache Ausschnitt wird mit Schulterspannen aus Perlen, Blumen oder in Goldschmeldearbeit abgerollt; das unregelmäßige Dekolleté und der tiefe, spitz auslaufende Halsausschnitt haben ebenfalls prächtige Anhängerinnen. Zu den zeitvollsten Spielereien der abendlichen Eleganz gehören Schärpen und Hals, die sich bald um Hals und Arme schlingen, bald von der Schulter herabfallend, bald als Schleppchen zerrennen und einen willkommenen Vorschub für lockere Bewegungen ergeben. Mit Blumen geht die Abendmode verschwenderisch um. Fast keine Tolleste verzichtet auf diesen zarten, echt weiblichen Schmuck. Sehr beliebt ist die große einzelne Schulterblume aus Gold oder Silber. Schwere Rosentuffs werden als Abfertigung eines Halses oder einer Draperie verwendet, kleine Blüten zu Halsketten gewunden und die lustigen Gobelis mit vollerblickten Rosen gefaltet.

J. 1444. Mäntelchen aus blau Tuch mit zweifarbiger Schärpe für Mädchen. Größe 2-4 Jahre. Semper-Schnitte, für jede Größe verwendbar, sind gebrauchsfertig lagernd und sofort erhältlich. Preis Kc 4.50. J. 1443. Mantel aus rotfarbener gezippten

Wollstoff, mit braunem Fels garniert, für Mädchen. Schnitt, Größe 14-16 Jahre. Semper-Schnitte, für jede Größe verwendbar, sind gebrauchsfertig lagernd und sofort erhältlich. Preis Kc 7.50.

J. 1452. Mäntelchen, bestehend aus weißer aufgerauter Wolle mit eingewebter bunter Bordüre und breiter aus braunem Tricot. Semper-Schnitte, für jede Größe verwendbar, sind gebrauchsfertig lagernd und sofort erhältlich. Preis Kc 7.50.

Verkaufsstellen d. gebrauchsfertig zugeschnittenen SEMPER-Schnittmuster: Die Zentrale der „GEC“, Prag II, Fügnerova nám. 4 und alle Warenhäuser der „GEC“. In Prag: II., Porik 6. Hermine Reimann. In Prag: VII., Bělského 42, Gustav Bloch.